DENK´ MAL!

Exklusiv zur Veröffentlichung Eurer Meinungen!

Ausgabe Nr. 24 | Vereinszeitschrift | Mai 2018

Massoud Harun-Mahdavi
München

Netanjahu - eine Gefahr für Israel und die gesamte Welt?

Die historische Entwicklung des letzten Jahrhunderts sollte uns allen eine Lehre gewesen sein. Besonders all jenen, die Opfer eines menschenverachtenden Machtmissbrauchs wurden.

Die Geschichte des Volkes Israels, das in diesen Tagen anläßlich des 70-jährigen Bestehens des Staates Israel ein großes und denkwürdiges Jubiläum feiert, ist gezeichnet durch jahrtausendelange Sklaverei, Gefangenschaft, Vertreibung, Verachtung, Jagd und Missbrauch für alles Leid dieser Welt. Dieses Leid ist die nachvollziehbare Grundlage für das Sicherheitsbedürfnis des Staates Israel. Das Land, das dem Volke Israel ohne „Wenn und Aber“ sichere Zuflucht und eine Heimat gibt.

Nach über 70 Jahren gibt es zwar noch berechtigte Fragen zur territorialen Ausdehnung des Staates, aber faktisch darf es für jeden vernünftigen Menschen keine Zweifel mehr über das Existenzrecht Israels geben. Jerusalem ist historisch betrachtet, allen drei großen monotheistischen Religionen gleichermaßen zugeschrieben. Die wichtige Frage bezüglich der Sicherheit und des Friedens für die dortigen Bewohner bleibt weiterhin offen. Wer Frieden und Sicherheit für sich beansprucht, darf den Frieden und die Sicherheit anderer nicht dadurch in Frage stellen.

Fortsetzung weiter auf Seite 5

Peter Orzechowski
München

Zeitbombe Saudi-Arabien

Es ist schon seltsam, mit welchen menschenverachtenden Regimen sich der Westen – angeführt von den USA und vom angeblich so sehr auf Humanität pochenden Deutschland – verbündet, um seine geopolitischen Ziele zu erreichen: mit der Türkei und Saudi-Arabien, den beiden – nach Nordkorea - despotischsten Staaten der Erde. Aber man muss gar nicht auf die Menschenrechte schauen, um zu erkennen, wie gefährlich die beiden Kriegstreiber des Mittleren Ostens sind. Die Gefahr, die von den Saudis ausgeht, wird dabei unterschätzt, obwohl sie vermutlich die Atombombe haben.

Israel habe „die beste Sicherheitslage“, die es „je hatte“, so die *Jerusalem Post* am 3. Juni 2015 unter Berufung auf

Fortsetzung weiter auf Seite 2

Inhalt: **Seite**

„Netanjahu -eine Gefahr für Israel“, M. Harun-Mahdavi **1**
„Zeitbome Saudi-Arabien“, P. Orzechowski **1**
„Waffenexporte wider Völkerrecht“, Mona Harun-Mahdavi **12**
„Newroz-Empfang 2018“, Der Vorstand **14**
„Buchvorstellung“ **15**
„Islamdebatte….“ S. Harun-Mahdavi **15**
„MSC 2018…“, Der Vorstand **17**
„Bericht aus dem Bustan Club…“, S. Harun-Mahdavi **18**
„Staatsministerin Ulrike Scharf“, Der Vorstand **20**
Über den Herausgeber **20**
Impressum **20**

Die Politik ist das Paradies zungenfertiger Schwätzer.

George Bernard Shaw

„Zeitbombe Saudi Arabien....."
Fortsetzung von Seite 1

israelische Militärs.

Bildnachweis: Wikipedia
Orange: Saudi Arabien
Grün: Israel

„Arabische Staaten, die einst bis an die Zähne bewaffnet waren, wie Libyen und der Irak, sind auseinandergefallen." Syrien sei vor vier Jahren noch die größte Bedrohung für Israel gewesen, doch heute existiere das Land praktisch nicht mehr, „sondern ist in mehrere Territorien auseinander gebrochen".

Der sektiererische Konflikt zwischen Schiiten und Sunniten „zerreiße" die arabische und muslimische Welt, stellte der ehemalige Mossad-Chef Meir Dagan fest. „Das eröffnet einmalige Gelegenheiten für Israel, verschiedene Allianzen anzustreben und unsere Präsenz im Nahen Osten zu bestätigen", berichtet die Webseite *haaretz.com* im Jahr 2013.

Mit einem alten Erzfeind, der die sektiererischen Auseinandersetzungen eifrig schürt, hat Israel inzwischen eine Allianz verwirklicht. Seit Anfang 2014 treffen sich israelische Regierungsvertreter mit Repräsentanten Saudi-Arabiens in geheimen Sitzungen. Das gaben Anwar Majed Eshki, Ex-Berater von Prinz Bandar bin Sultan, einstiger US-Botschafter der Saudis , und Dore Gold, ehemaliger israelischer UN-Botschafter, am 4. Juni 2015 während einer Sitzung des *Council of Foreign Relations* in Washington erstmals bekannt. Bei den israelisch-saudischen Treffen dreht sich alles um einen gemeinsamen Feind. „Wenngleich diese Männer Länder repräsentieren, die historische Feinde sind, war ihre Botschaft identisch: Der Iran übernimmt den Nahen Osten und muss gestoppt werden", berichtete *Bloomberg*.

In einem von Eshki vorgetragenen Sieben-Punkte-Plan für den Nahen Osten nannte der saudische Vertreter einen herbeizuführenden Regimewechsel im Iran an zweiter Stelle – gleich nach einem Friedensschluss zwischen Israel und den Arabern. Außerdem sprach er sich für die Gründung eines kurdischen Staates aus. Auch in Israel werden nach *jerusalemonline.com* Stimmen lauter, die die Aufteilung Syriens in mehrere Staaten, darunter einen kurdischen, fordern. Israelische Militärs und Politiker hatten in den letzten Jahren wiederholt verlauten lassen, dass sie ein von al-Qaida kontrolliertes Syrien gegenüber einem weiterhin mit dem Iran verbündeten Nachbarn bevorzugen.

Betrachten wir Saudi-Arabien einmal genauer.

Die saudische Aufrüstung

Saudi-Arabien soll über Atomwaffen verfügen, behauptet Thierry Meyssan, Präsident und Gründer des Réseau Voltaire und der Konferenz Axis for Peace, auf der Webseite *voltairenet*. Das wahhabitische Königreich soll mit Ägypten, den Vereinigten Arabischen Emiraten, Jordanien, Marokko und dem Sudan einen gemeinsamen militärischen Generalstab unter israelischem Kommando (!) eingerichtet haben. Saudi-Arabien habe die Atombombe vor zwei Jahren von Pakistan gekauft, schreibt der international gut vernetzte Meyssan und beruft sich auf den saudischen Analysten Dahham Al-'Anzi, einen Vertrauten des neuen mächtigen Mannes auf der Halbinsel, Prinz Mohammed bin Salman. Al-'Anzi habe dies am 15. Februar 2016 auf *Russia Today* in Arabisch gesagt. Meyssan schreibt: „Die Erklärungen auf *Russia Today* – sofort durch den israelischen Dienstleister *Memri* übersetzt und

Fortsetzung weiter auf Seite 3

Politik machen heißt: den Leuten so viel Angst einjagen, dass ihnen jede Lösung recht ist.
Unbekannt

„Zeitbombe Saudi Arabien....."
Fortsetzung von Seite 2

verbreitet – haben in der arabischen Welt ein beträchtliches Echo ausgelöst. Trotzdem hat sie kein internationaler politischer Funktionsträger, auch kein saudischer, kommentiert. Und *Russia Today* hat sie von seiner Internetseite zurückgezogen."

Die Saudis rüsten aber nicht nur atomar auf: Die US-Regierung hat Anfang 2017 ein milliardenschweres Rüstungsgeschäft mit Saudi-Arabien gebilligt. Die islamistische Monarchie wird für ihre Luftwaffe mehr als 19.000 Bomben im Wert von 1,29 Milliarden Dollar (1,19 Milliarden Euro) kaufen.
Die Waffenlieferung umfasst rund 12.000 Bomben mit einem Gefechtsgewicht von 500 bis 2000 Pfund, 1500 bunkerbrechende Bomben sowie mehr als 6000 lasergelenkte Präzisionsbomben. Nach Angaben aus Washington wird das Bombenarsenal der saudi-arabischen Streitkräfte durch „das hohe Einsatztempo in mehreren Anti-Terror-Einsätzen" stark beansprucht. Ob Washington hier die völkerrechtswidrigen Angriffe der saudi-arabischen Luftwaffe im Jemen meint? Dort führen die Saudis einen Vernichtungsfeldzug gegen die Huthi-Rebellen und die schiitische Bevölkerung, um ihren Marionettenpräsidenten wieder ins Amt zu hieven.

Bildnachweis: Wikipedia
Prinz Mohammed bin Salman al-Saud mit dem russischen Präsident Vladimir Putin 2015

Das saudische Kriegsziel

Alle Aufrüstung hat ein Ziel: Iran, der große Gegenspieler und Konkurrent um die regionale Hegemonie. Die Saudis stehen schon mitten im Krieg mit den Mullahs: In Syrien kämpfen sunnitische Milizen mit saudischem Geld und saudischen Waffen gegen iranische Revolutionsgarden und schiitische Hisbollah-Miliz.

Bildnachweis: Wikipedia
Orange: Syrien
Grün: Iran

In Jemen, sozusagen der weiche Unterleib des Königreichs, hat Saudi-Arabien getan, was es sonst nie tut: Es hat direkt interveniert. Jetzt führt die saudische Armee dort einen blutigen Bomben-Krieg gegen von Teheran unterstützte schiitische Huthis.
Unterdessen haben Bürgerkrieg und Chaos in der ganzen großen mittelöstlichen Region zur Mobilisierung der Schiiten geführt – auch der etwa 10 bis 15 Prozent Schiiten in Saudi-Arabien, die ausgerechnet die Ostprovinz des Königreichs bevölkern, dort wo Saudi-Arabiens große Erdölvorkommen lagern. Nur um Ansteckungsgefahr für seine gefährdete Ostprovinz zu vermeiden, hat Riad 2012 mit regulären saudischen Truppen in Bahrein den eigentlich friedlichen Aufstand der schiitischen Bevölkerungsmehrheit gegen ihr sunnitisches Regime blutig niedergeschlagen.
Vergeblich: Schiitischer Aufruhr hat doch seine Ostprovinz erreicht. Bei Operationen in der lebenswichtigen Öl-Provinz sind schon

Fortsetzung weiter auf Seite 4

**In der internationalen Politik geht es nie um Demokratie oder Menschenrechte.
Es geht um die Interessen von Staaten. Merken Sie sich das, egal, was man Ihnen im Geschichtsunterricht erzählt.**

Egon Bahr

„Zeitbombe Saudi Arabien...“
Fortsetzung von Seite 3

hunderte saudische Truppen und Sicherheitskräfte getötet oder verwundet worden, schreibt Pollack.

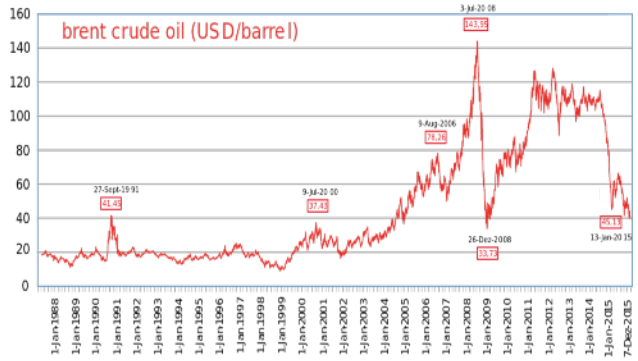
Der Schuss ins eigene Knie

Ein Problem von vielen: Wie die Nachbarländer kämpft auch Saudi-Arabien mit den Folgen einer dramatischen Bevölkerungsexplosion. Seit 1950 hat sich Saudi-Arabiens Bevölkerung von 3,1 Millionen auf heute fast 30 Millionen fast verzehnfacht. 70 Prozent der Saudis sind unter 30 Jahre alt. Zwei Drittel der arbeitenden Bevölkerung haben gut bezahlte Jobs beim Staat. Die Arbeitslosigkeit liegt bei 30 Prozent. Bis 2030 wird sich die Arbeitsbevölkerung verdoppeln.
Saudi-Arabiens Verteidigungsetat schluckt 25 Prozent der Staatsausgaben – bei schrumpfendem Haushalt wird der Anteil noch steigen. Riads Krieg im Jemen kostet das Königreich jeden Monat sechs Milliarden Dollar, schätzt der amerikanische Mittelost-Experte und ehemalige CIA-Mitarbeiter Bruce Riedel. Dabei wird es nicht bleiben. Riedel: „Wenn Riad im Jemen eine stabile Regierung haben will, die nicht Teheran zuneigt, dann wird es dafür Milliarden ausgeben müssen.”

Dutzende, wenn nicht hunderte von Milliarden Dollar haben die Saudis schon in Syrien, Jemen, Irak und Libyen verbrannt, glaubt Mittelost-Experte Kenneth Pollack. Erst kürzlich hat Riad der Regierung in Kairo Investitionen über acht Milliarden Dollar und vier Milliarden an Hilfen versprochen. Bahrein, Jordanien und Pakistan sind andere Empfängerländer. Lange kann Riad das nicht mehr leisten und hat das womöglich auch schon signalisiert.

Der Krieg verspricht Mega-Profite

Eine direkte militärische Konfrontation zwischen Iran und Saudi-Arabien würde den Ölpreis über Nacht auf 250 Dollar pro Fass treiben, prognostiziert *Oilprice*: „Wenn sie gegenseitig ihre Öl-Terminals angreifen, dann erreicht der Ölpreis Spitzen von 500 Dollar pro Fass und wird dort eine Weile bleiben, bis man über das Ausmaß der Schäden Bescheid weiß.“



Bildnachweis: Wikipedia
Preisentwicklung Brent-Öl

Aber schon die Drohung mit Krieg würde den Ölpreis steigen lassen. Schiitischer Aufruhr in Saudi-Arabiens östlicher Öl-Provinz hätte die gleiche Wirkung. Die Mullahs könnten ihre Schiiten-Waffe in Saudi-Arabiens Ostprovinz einsetzen, um Unruhe zu stiften und Riads Ölförderung und Ölverladung zu treffen.
In jedem Fall würde Saudi-Arabien wieder das tun müssen, wofür es seine westlichen Verbündeten so sehr lieben: Es würde noch mehr und noch teurere Waffen bestellen.

Statistik aus Wikipedia:
Weltweite Ölreserven 2013 in Milliarden Barrel

Region / Organisation	Schätzung von BP 2013
WELT	**1.687,9**
Naher Osten	**808,5**
Lateinamerika	**329,6**
OECD	**248,8**
GUS	**131,8**
Afrika	**130,3**
Asien-Pazifik	**42,1**
China	**18,1**

Wer die Freiheit aufgibt, um Sicherheit zu gewinnen, wird am Ende beides verlieren!
Benjamin Franklin

„Netanjahu - eine Gefahr.....“
Fortsetzung von Seite 1

Es ist nicht lange her, als ein Menschenhasser namens Adolf Hitler das Volk Israels für das gesamte Elend der Welt verantwortlich machte. Das Ende seiner Schreckensherrschaft ist gerade Mal 73 Jahre her. Nach Ende des Zweiten Weltkrieges hat Deutschland glaubhaft geschworen, so etwas nie wieder geschehen zu lassen.
Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland dient uns als Schutz gegen erneuten menschenverachtenden Amtsmissbrauch durch die Regierung und zugleich stellt sie die Maßgabe für das bürgerliche Miteinander.
In dieser Zeit hat sich, so dachten viele, unser Erdball in eine friedlichere und vor allem von allen religiösen Vorbehalten und rassistischen Ideologien befreite Welt entwickelt.
Angesichts aktueller Entwicklungen wird es deutlich, dass diese Annahme wohl ein großer Irrtum ist. Auch das häufige übergehen und hintergehen des Grundgesetzes wird zur abgestumpften Normalität.
Über Jahrhunderte hinweg wurde das Volk Israels für Dürren, Pest, Kriege und Fehlentwicklungen der Gesellschaft und die Durchmischung der Deutschen verantwortlich gemacht. Ohne Umschweife muss man nochmals wiederholen, dass Hitler mittels seiner politischen und medialen Macht genau unter diesem Vorwand Millionen Deutsche jüdischen Glaubens mit Hilfe seiner Getreuen in der deutschen Bevölkerung, in Konzentrationslager gesteckt, ermordet und ausgeraubt hat. Einige konnten sich vor der Deportation ins Ausland retten. Die USA, die Schweiz und einige andere Länder dieser Welt, darunter auch der Iran, boten Zuflucht und Sicherheit für das abermals vertriebene Volk.

Heute, sehe ich mich als Vorsitzender eines Vereins zur Wahrung der Menschenrechte dazu verpflichtet, auf negative Entwicklungen in unserer Gesellschaft hinzuweisen, deren Ursachen zu ergründen und zur Abwehr von Schaden am Volk und dem System der Bundesrepublik Deutschland Stellung zu beziehen und Lösungen vorzuschlagen.

Denn, heute sind wir Zeugen der Wiederholung jener Schemen, die schließlich zum verheerenden Zweiten Weltkrieg und dem schändlichen und barbarischen Auswuchs der Judenverfolgung in Deutschland geführt haben, nur unter einem anderen Vorzeichen.

Die globale Politik des Westens und Israels in den letzten 40 Jahren

Vor etwa 40 Jahren wurde der dem Westen ganz und gar ergebene Herrscher Irans im Sinne der Strategie des „Grünen Gürtels“ mitunter auch mit der Hilfe Israels für die Errichtung einer religiösen Diktatur geopfert.
Danach kamen die bekannten Ereignisse um Irak, die Lügen über die atomare und chemische Bewaffnung Saddam Husseins und schließlich seine Hinrichtung und der Zerfall Iraks in einen chaotischen Staat mit täglichen Nachrichten von Selbstmordattentaten.
Spätestens seit der Existenz der Terrororganisation des sogenannten IS und dem Zustrom von Millionen Flüchtlingen, vorwiegend arabischer Herkunft islamischen Glaubens, geraten Muslime in Deutschland und in Europa in eine beinahe spiegelbildliche Situation zu den Jahren 1933-1945. Damals wie heute gewinnen Populisten an Macht. Heute bedienen sich diese Parteien ähnlicher Methoden.
Die AfD ist eine Missgeburt des Populismus und in ihrem Handeln vergleichbar mit der NSDAP. Das Hauptmerkmal ihres Parteiprogramms ist die Islamophobie. Sie dient nur zur Förderung der Zwietracht in der Bevölkerung und hat sich zum Ziel gesetzt, die bisher vorbildliche innere Sicherheit Deutschlands durch populistische Propaganda in Angst und Schrecken zu versetzen und die Gesellschaft zu spalten. Das ist ein gängiges Werkzeug der teuflischen Strategen.
Dies gilt nicht nur für Deutschland, sondern in ähnlicher Form auch für andere europäische Länder, wo Populismus und Rassismus eine Renaissance erleben.
Diese Strategie, die in erster Linie die Einheit Europas schwächen sollte, ist bisher merklich aufgegangen.
Die in den letzten 50 Jahren mühsam aufgebaute europäische Einheit ist nah am Zerfall. Bei jedem kriminellen Akt werden, noch bevor es Beweise gibt, ganz selbstverständlich

Fortsetzung weiter auf Seite 6

Wer sein Recht nicht wahret, gibt es auf!

Ernst Raupach

„Netanjahu - eine Gefahr.....“
Fortsetzung von Seite 5

islamische Extremisten verdächtigt.

Dies geschieht erneut mit der Macht der Medien und mit der Macht der Politik. Positive Ereignisse werden verschwiegen und negative werden tagelang über alle Kanäle verbreitet, bis auch der Letzte desinformiert wurde. Populismus gewinnt täglich an Boden und rechte Gesinnung und Rassismus werden wieder salonfähig. Unter dem Deckmantel des Kampfes gegen Antisemitismus wird eine Kultur der Islamophobie gefördert.

In politischen Arbeitskreisen wird Schutz der Religionsfreiheit missverständlich gleichgesetzt mit „Einschränkung des Islamischen Glaubens“.

Kürzlich regte eine Politikerin an, Jugendämter einzuschalten, um die Kinder aus verdächtig antisemitischen Flüchtlingsfamilien herauszuholen. Da stellt sich die Frage, wo die Jugendämter die letzten 75 Jahre waren, als die NPD usw. bei ihren Märschen durch deutsche Städte ihre rassistische und antisemitische Gesinnung offen zur Schau gestellt haben? Sind deren Kinder auch aus ihren Familien herausgeholt worden? Werden Familien mit Nähe zu PEGIDA und AfD auch auf antisemitische Erziehungsmaßnahmen geprüft? Zu Bedenken wäre, daß Björn Höcke, Sprecher der AfD, bis 2014 als Gymnasiallehrer Schüler unterrichtete.

Es wird von erhöhtem Antisemitismus unter den arabischstämmigen Flüchtlingen gesprochen.

Wenn es stimmen sollte, was könnte die Ursache sein?

Hier einige Fragen dazu:

Wer kann einem syrischen Waisenjungen, der seine ganze Familie durch den IS verloren und dabei gesehen hat, wie israelische und amerikanische Bomber anstelle der mordenden und schlachtenden IS-Horde die Stellungen der legitimen Regierung des Landes angreifen, erklären, warum diese die staatliche Armee und nicht seine Feinde angegriffen haben?

Wer kann den vielen Überlebenden erklären, warum und nach welcher völkerrechtlichen Vorgabe die westlichen Mächte sich vorgenommen haben

Wall Street Journal: Israel Caught Red-handed Aiding al-Qaeda in Syria

21st Century Wire says...

What US and European media have been slow to figure out (or ignore), is how Israel is up to its neck in fueling the long dirty war next door in Syria.

Let's be clear – once again Israel has been caught red handed providing aid and comfort to Islamic militant terrorists in Syria, as reported by the Wall Street Journal (see full report below). Understand that this flies in the face of all of Benjamin 'Bibi' Netanyahu and the US Republican Party's lyrical proclamations and hollow platitudes about how Israel is leading the fight against terror in the region.

This is not the first time that we've reported on Israel's direct intervention in Syria on behalf of al Qaeda, al Nusra and ISIS. Previous reports in February 2015, and in January 2015, in December 2014, and also in October 2014, all clearly demonstrate a pattern of Israel providing various levels of support to the different western and GCC-backed terrorist groups attempting to break-up the nation of Syria and overthrow Bashar al Assad's government in Damascus.

Bashir Assad, den Präsidenten eines souveränen Staates mit brutalster militärischer Gewalt anzugreifen und zu entmachten, und dabei den Tod, die Vertreibung und Traumatisierung von Millionen Menschen billigend in Kauf genommen haben?

Wer erklärt dem Jungen, warum verletzte IS-Kämpfer in Israel nicht nur behandelt, sondern von Netanjahu persönlich im Krankenhaus besucht und er mit ihnen lächelnd fotografiert wurde?

Bildnachweis: http://21stcenturywire.com/2015/04/04/wall-street-journal-israel-caught-red-handed-aiding-al-qaeda-in-syria/

Wer erklärt den Überlebenden, daß die IS zu 85% nur Muslime umgebracht hat und weder die IS den Staat Israel noch die israelische Regierung die IS bedroht hat, obwohl die IS als radikale islamische Terrorgruppe deklariert wurde?

Bildnachweis: http://www.presstv.com/Detail/2015/03/05/400396/Images-prove-IsraelNusra-cooperation

Fortsetzung weiter auf Seite 7

Das Rückgrat ist bei manchen Politikern unterentwickelt - vielleicht weil es sowenig benutzt wird.
Margaret Thatcher

„Netanjahu - eine Gefahr.....“
Fortsetzung von Seite 6

Wer erklärt, warum die israelische Regierung jeden Tag Zigtausende Tonnen gestohlenes Öl über die Türkei vom IS abgekauft und diesen damit direkt finanziell unterstützt hat?

Bildnachweis: http://www.20min.ch/ausland/news/story/So-fliesst-das--l-des-IS-auch-nach-Europa-12256330

Wer erklärt den Kurden im Irak, dass sie auf der einen Seite von Deutschland im Kampf gegen den IS ausgebildet werden und auf der anderen Seite die Türkei - ein NATO-Mitglied -, ihre Brüder und Schwestern bei ihrem Kampf gegen den IS in Syrien bekriegt, und das mit deutschen Waffen?

Wer erklärt, warum die USA, Frankreich und England die Stellungen der syrischen Armee in Syrien weiter angreifen obwohl es noch keine echten Beweise für die tatsächliche Anwendung von chemischen Kriegswaffen von Seiten des Assad-Regimes gibt?

Das sind keine haltlosen Theorien, das sind Tatsachen, die Syrer, Iraker und Kurden in ihrem Kampf gegen den IS selbst gesehen und mehrfach berichtet haben.

Spätestens nach dem Abschuß der beiden israelischen Bomber über syrischem Gebiet und dem offiziellen Bericht über den Angriff syrisch-iranischer Stellungen in Syrien ist der Beweis für die direkte Einmischung Israels gegen das Assad-Regime und seinen Verbündeten im Kampf gegen die Rebellen und Terroristen erbracht worden.

Wenn Sie diese Fragen beantworten konnten, müssten Sie auch begreifen warum sich Gefühle der Abneigung gegenüber Israel und seinen westlichen Verbündeten in diesem Jungen und bei den Überlebenden entwickelt haben.

Diesen Zustand haben wir Deutsche mit zu verantworten, weil unsere Regierung auch darüber Bescheid wusste und weil sie sieben Jahre lang nicht in der Lage war, diese Kriegsverbrechen offen anzuprangern. Die Bundesregierung hat sich dadurch ebenso die Hände schmutzig gemacht.
Das Ausmaß der Schuld geht noch weiter, wenn man bedenkt, dass die Bundesregierung trotz des militärischen Übergriffes in Afrin die Türkei weiter mit Waffen beliefert (siehe auch weiteren Artikel in dieser Ausgabe).

Seit Tagen wird medial kolportiert, dass der „Kampf gegen Antisemitismus“ an Schulen gesetzlich verankert werden soll, aber gleichzeitig ein Unterricht für die „Islamische Glaubenslehre“ an deutschen Schulen nicht überall angeboten wird.
Obwohl muslimische Kinder mit dem Zuzug von „Gastarbeitern“ aus der Türkei schon seit den 50er Jahren die Schulen Deutschlands besuchen. Unsere Regierung hat es demzufolge seit über 60 Jahren verpasst, diesen Kindern genau die Version des Islam angedeihen zu lassen, die man heute von einer modernen und freiheitlich-fortschrittlichen islamischen Lehre als gleichberechtigte Religion in Deutschland fordert. 60 Jahre lang hat die Regierung diese Ausbildung vorwiegend türkischen Organisationen wie DITIB überlassen, weil man immer gedacht hat „der Islam gehört nicht zu Deutschland“.
Was für eine DUMMHEIT!
Diese Dummheit haben andere sich zu Nutze gemacht. Erdogan hat seine Jünger sogar in Deutschland nach seiner Fasson erziehen

Fortsetzung weiter auf Seite 8

„Netanjahu - eine Gefaht.....“
Fortsetzung von Seite 7

lassen. Er lässt sich hier wählen und diktiert einer der größten Migrantengruppen Deutschlands seine Politik. Deutschland ist dadurch von einer ausländischen Macht erpressbar geworden. So wie deutsche Politiker von der Presse Tag ein Tag aus erpresst werden. Und dies ist keine Floskel des bloßen Verdachts gegen die gelegentlich nicht zu Unrecht angeprangerte „Lügenpresse“. Kein Bundespolitiker hat es gewagt, die schrecklichen Ereignisse am Osterwochenende in Gaza, die 18 Tote und über 1000 verletzte Zivilisten gefordert haben, mit einem Wort der Kritik gegenüber der Israelischen Regierung zu kommentieren.

Warum? Weil, wie Helmut Schmidt schon in seinem Beckmann-Interview von 2008 anmerkte, sobald ein Deutscher die Politik Israels auch nur ansatzweise kritisiert, dieser mit der Antisemitismuskeule mundtot gemacht wird. Dies ist zu einer richtigen politischen Totschlägerkultur herangewachsen, so dass man heute von anerzogener Selbstzensur reden muss. Ähnliches ist allen aus totalitären Regierungen wie UDSSR, DDR, China, Nord Korea, Islamische Republik usw. bekannt!

Der einzige, der in diesem Fall ein wahres Wort gesprochen hat, war dieses Mal Erdogan, der diese Gelegenheit nicht versäumen wollte, sein „osmanisches Reich“ als Behüter der Muslime der Welt zu positionieren. Wir werden von ihm sicherlich keine Taten sehen. Er wird sich wie andere auch nur mit Worten begnügen.

Die Steigerung der Unverfrorenheit Netanjahus erlebten wir mit der Nachricht, er wolle Flüchtlinge aus Eritrea und Sudan nach Europa abschieben. Die Kritik im eigenen Land muss so vehement gewesen sein, dass er binnen weniger Stunden diese teuflische Aktion selbst widerrufen hat.

Aber wir sind sicher, das wird nicht das Ende der Geschichte bleiben.

Sehr offensichtlich ist beispielsweise der wahre Hintergrund der aktuellen Annäherung zwischen Saudi-Arabien und Israel. Selbst in den deutschen Nachrichten fiel in diesem Zusammenhang der Satz „der Feind meines Feindes ist mein Freund“! Das sagt alles.

Netanjahu und der Saudi-Prinz sind so korrupt und machtbesessen, dass sie sich trotz archaischer Feindschaft untereinander, in der Auseinandersetzung um die Vormachtstellung in der Region, gegen den ausgesprochenen gemeinsamen Feind Iran verbünden wollen.

Es geht ihnen nicht um den Frieden in der Region, sondern einzig und allein um die Vormachtstellung und um die eigene selbstherrliche Machtposition. Die Gier nach Macht hat sie zusammengeführt.

Eine Schande für Deutschland ist es, dass im Fall des nach wie vor nicht vollends geklärten Anschlags gegen den russischen Doppelagenten Skripal (Großbritannien hat noch nicht öffentlich die Herkunft des Giftes belegen können), sofort Sanktionsforderungen gegen den vermeintlichen Drahtzieher Putin laut wurden. Als erste Reaktion wurden russische Botschaftsangehörige des Landes verwiesen, aber im Fall der 18 getöteten zivilen Demonstranten (darunter auch ausgewiesene Journalisten), die nachweislich von der Israelischen Armee auf palästinensischem Gebiet erschossen wurden, beorderte man nicht einmal einen israelischen Botschafter ins Außenministerium.

Dieses Bemessen des politischen Unrechts nach zweierlei Maß ist inakzeptabel und wird die bereits angeheizte Situation in unserem Land sicherlich noch weiter anheizen und einige zu antizionistischen Aktionen ermuntern.

Hier sei der Hinweis erlaubt, dass diese politische Entwicklung bereits seit über 40 Jahren absehbar ist.

Schon mit der Islamischen Revolution im Iran, aufgrund derer damals schon über fünf Millionen Iraner ihre Heimat verlassen mussten, und der Unterstützung der Taliban in Afghanistan gegen die Sowjets unter der Regie der damaligen US-Regierung, begann unsere heutige Misere.

Damals wurde erstmalig der Begriff „Islamische Welt“ als Bezeichnung für ein feindliches Monster von den Medien der USA und ihren Verbündeten geboren.

Die schreckliche Fortführung dieser Strategie im Kleid des sogenannten „arabischen Frühlings“, der durch die Verhaftung Mubaraks und der Ermordung Ghaddafis ausschließlich zur Destabilisierung

Fortsetzung weiter auf Seite 9

Ein jeder gibt sich selber seinen Wert!

Schiller

„Netanjahu - eine Gefahr.....“
Fortsetzung von Seite 8

nordafrikanischer Nachbarmächte Israels diente, und mit dem Erreichen des Zenits der Unmenschlichkeit durch die nachweisliche Montage und Moderation des IS mit dem Endziel der Zerstörung vermeintlicher Konkurrenten Israels im mesopotamischen Gebiet bis einschließlich Iran, ist eine perfide Strategie der USA in Zusammenarbeit mit der israelischen Regierung, die weit über die Sicherheitsbedürfnisse eines „friedlichen und demokratischen Staates“ hinaus geht.

Die Sicherheitsbedürfnisse Israels sind nicht von der Hand zu weisen, aber wenn deren Sicherheitspolitik bewusst in Kauf nimmt, dass Terrororganisationen à la IS Länder wie Libyen, Irak, Syrien und schließlich den Iran ins Verderben treiben, dann ist diese Politik zu verdammen.

Netanjahu wird nicht müde, den Iran einen „gefährlichen Schurkenstaat“ zu nennen. Seine letzte lächerliche Demonstration vor dem Publikum der Münchner Sicherheitskonferenz war der Versuch eines Ablenkungsmanövers hinsichtlich der nachweislichen und dokumentierten Einmischung Israels auf Seiten der Rebellen in Syrien. Die ganze aktuelle Außenpolitik Netanjahus dient zugleich als Ablenkmanöver bezüglich seiner Korruptionsaffäre und der Tatsache, dass er mit einem Bein im Gefängnis sitzt.

Bei seinen Anschuldigungen gegenüber dem Iran vergisst Netanjahu stets zu sagen, dass Israel seit 60 Jahren den Nichtverbreitungspakt für Atomwaffen (NPT) und der damit verbundenen Verpflichtung zur Zulassung unabhängiger Kontrollen seiner Atomanlagen und seiner angeblichen 200 Atomraketen nicht ratifiziert hat. Schon in den 50er Jahren wurden Atomkontrolleure hinters Licht geführt, indem man sie in einen extra nachgebauten Fake-Kontrollraum führte. Als dieser Schwindel aufflog und eine erneute Kontrolle stattfinden sollte, blockte Israel ab. Als Vorwand wird die besondere Situation Israels vorgeschoben.

Hier weisen wir erneut auf das Interview von Altkanzler Helmut Schmidt aus dem Jahr 2008 hin, welches unter dem nachfolgenden Link eingesehen werden kann:

https://www.youtube.com/watch?v=m3Vm8URetzs.

Darin hat Helmut Schmidt darauf hingewiesen, dass Teile der Israelischen Politik zu kritisieren seien. Die Rede von Kanzlerin Merkel vor der Knesset mit ihrer Aussage gegenüber Israel betrachtete er als eine Übertreibung, da Deutschland seiner Meinung nach nicht mehr Verantwortung für Israel tragen würde wie alle anderen Staaten auch.

Diese Haltung Helmut Schmidts teilen heute viele Menschen in Deutschland, und die Stimmen nach einer Änderung der politischen Kultur gegenüber der Politik der israelischen Regierung werden immer lauter.

Sieht man dieses Interview, stellt man deutlich fest, dass die Israelische Regierung in den letzten 10 Jahren ihre Politik unverändert und ungebremst fortgeführt hat.

Netanjahu begeht in der heutigen Zeit einen schweren Fehler. Im Zeitalter des Internets und der Big Data und der globalen Kommunikation über Social-Media usw. ist es ein unverzeihliches Unterfangen andere zu unterschätzen.

Die „Neue Globale Weltordnung“, von der oft gesprochen wird, ist die Bezeichnung für die Veränderung einer ehemals klaren Verteilung der Machtverhältnisse von einer bipolaren Welt zwischen Ost und West in eine unübersichtliche und noch nicht ganz absehbare polypolare Machtkonstellation, in der die USA, Russland, China, Europa, Großbritannien, Israel und einige Schwellenländer wie Indien und Brasilien um die Machtverteilung in der Welt konkurrieren und ihre ganz eigene Außenpolitik führen werden. Es werden sich im Vergleich zu der Welt des West- und Ostblocks ganz neue, teilweise unvorstellbare Bündnisse bilden.

Russland und China werden nach dem außenpolitischen Harakiri der USA für nicht atomare Staaten als verlässliche Bündnispartner an Attraktivität gewinnen.

Putin beispielsweise hat, glaubt man den von Medien vorgeführten Beweisen, einen nicht unwesentlichen Einfluss auf die Wahl des amtierenden US-Präsidenten genommen. Er hat einem völlig politisch unerfahrenen und unwissenden Narziss zur

Fortsetzung weiter auf Seite 10

Dankbare Menschen sind wie fruchtbare Felder; Sie geben das Empfangene zehnfach zurück!
August von Kotzebue

„Netanjahu - eine Gefahr.....“
Fortsetzung von Seite 9

Präsidentschaft verholfen, der wie kein anderer russischer Spion die unangreifbar geglaubte Beziehung zwischen USA und der NATO, zwischen USA und Europa, zwischen USA und den stets hoffenden Palästinensern und vieler ihrer anderen Verbündeten, wie in einem Blitzkrieg derart erschüttern konnte.

Kein Mensch hätte je geglaubt, dass das Verhältnis innerhalb der NATO oder zwischen USA und Europa jemals so zerrüttet sein könnte. Grundsätzlich dient diese Situation lediglich der Schwächung des westlichen Bündnisses und der Position der USA.

Die Großmachtposition der USA ist nun dadurch derart gefährdet, dass Netanjahu im US- Wahl-Jahr Russland dreimal besuchte. Angesichts dieser Schieflage des „Sicherheitspaten“ Israels nehmen die Aktivitäten der israelischen Regierung auch in China merklich zu.

Netanjahu hat den IS billigend walten lassen und diesen damit unterstützt, um durch die Verstärkung der Terrororganisation auch den Iran in einen Krieg zu ziehen oder zumindest zu destabilisieren, ohne selbst direkt beteiligt zu sein. Aus der Erfahrung mit Libyen hat Russland diese Strategie nicht aufgehen lassen, was ein schwerer Verlust für Netanjahu und seine Verbündeten in USA und Großbritannien war. Daher tobt nun der Medienkrieg mit dem Skripal-Fall gegen Putin und gegen Russland.

Und nun die Steigerung des Szenarios durch den aktuellen Angriff der Mächte USA, Groß britannien und Frankreich gegen syrische Ziele, in denen angeblich weiterhin Chemiewaffen entwickelt oder aufbewahrt wurden. Man bedenke, daß bereits 2013 die OPCW-Kontrolleure die Zerstörung aller syrischen Chemiewaffen bestätigt haben. Für diese Aufgabe erhielt die OPCW auch einen Friedensnobelpreis. Daher müssen wir davon ausgehen, daß deren Bericht von realem Wert und kein Schwindel war. Alle Berichte belegen, daß Syrien keine chemischen Waffen besitzen kann. Aber es gibt einige Berichte, die belegen, daß Rebellen sehr wohl im Besitz von chemischen Waffen sein können, die sowohl aus Libyen oder aus den übernommenen Lagern der irakischen Armee stammen.

Aber in diesem Spiel mischen noch andere Mächte mit. Auch China macht nicht bei allen perfiden Strategien mit. China und Russland haben erkannt, dass der Niedergang Syriens und Irans hauptsächlich diesen beiden Ländern Schaden würde. Die Regierung im Iran hat durch den Fall „Assad“ frühzeitig die Bedeutung Russlands als Global-Player für sich in der „neuen Weltordnung“ erkannt und wird diese neue Allianz nicht gefährden.

Daher geht Netanjahu nun eine Allianz mit dem mächtigen Saudi-Prinzen ein, der in den letzten Tagen medienwirksam Themen wie Ende der Schleierpflicht und Aufhebung des Autofahrverbots für Frauen in die verwunderte Welt hinausposaunt hat.

Saudi-Arabien hofft mit dieser Strategie von dem teuflischen Plan des Krieges gemeinsam mit israelischer Hilfe gegen den Iran ablenken zu können um wieder die Vorherrschaft in der „islamischen Welt“ zu erlangen.

Netanjahu glaubt mit diesem Plan die letzte Bastion des „islamischen Bollwerks“ gegen seine eigene Weltherrschaft, durch einen Krieg zwischen seinen beiden „Widersachern“, ohne eigene Verluste zu zerschlagen.

Aber Achtung: Glaubt man Visionären wie Bill Gates, dann wird die USA spätestens in der Regierungszeit Trumps die bisher unangefochtene Vormachtposition in der „Globalen Weltordnung“ verlieren.
(Video dazu unter:
https://www.usatoday.com/story/tech/2018/02/13/bill-gates-warns-china-other-powers-fill-void-if-u-s-foreign-aid-cuts-could-cede-leadership-china-ot/322177002/).

Damit verliert Israel erst einmal den bisher bewährten Garanten seiner Sicherheit.

Angesichts von Netanjahus politischem Zeugnis stellt sich die Frage, ob nun der Iran, der alle Vorgaben der UN bzgl. des Atomab-

Fortsetzung weiter auf Seite 11

„Es ist ein gewöhnlicher Irrtum in der Politik, Mittel und Zwecke zu verwechseln!“
Thomas Babington Lord Macualay

„Netanjahu - eine Gefahr....“
Fortsetzung von Seite 10

kommens nachweislich einhält und als Unterzeichner des atomaren Nicht- proliferationsvertrags auch über keinerlei Atom- waffen verfügt, gefährlicher ist oder Netanjahu und die aktuelle Regierung Israels?

Derzeit kann man behaupten, daß die USA tatsächlich das gefährlichste Land der Welt ist. Denn in der Weltgeschichte hat bisher nur die USA zwei Atombomben auf andere Nationen abgeworfen. Hiroshima und später der Vietnamkrieg sind die Belege dafür, daß die Regierungen der Vereinigten Staaten im Krieg zu allen Mitteln greifen und keinerlei Moral besitzen.

Betrachtet man die Politik und die strategischen Aktivitäten der Israelischen Regierung unter Premierminister Netanjahu, dann müssten er und sein ganzes Kabinett vor das UN-Tribunal in Den Haag gezogen werden und sich für ihre Verbrechen gegen die Menschlichkeit und für Kriegsverbrechen in Syrien und an den Palästinensern verantworten. Jüngste Videos zeigen die Brutalität und Unmenschlichkeit der Sniper (Scharfschützen) an den Grenzen zu Gaza. Dasselbe gilt übrigens auch für alle US-Präsidenten, die diese Politik in den letzten drei Dekaden unterstützt haben.

Geschieht dies nicht, dann wird zwar Israel noch einige Zeit die militärische Macht der USA für die eigene Sicherheitsgarantie ausnützen können, aber politisch und wirtschaftlich gerät das Land in eine immer engere Isolation und der angestachelte Religionskrieg gegen die sogenannte „Islamische Welt“ wird wie ein Bumerang zurückschlagen. Die Folgen sind nicht zu unterschätzen.

Die israelische Regierung ist, paradoxerweise sogar darauf angewiesen, daß eine antisemitische Kultur in Ländern wie Deutschland oder Frankreich erhalten bleibt. Denn nur eine stets lebendige Angst vor diesem Horror treibt jedes Jahr tausende Menschen jüdischen Glaubens aus unterschiedlichsten Ländern dieser Welt nach Israel. Nur ein hoher Leidensdruck motiviert sie, ihre „einzige wahre Heimat“ Israel weiterhin wirtschaftlich und politisch zu unterstützen. Die mächtige Lobbyarbeit, die perfekte Vernetzung und der private Kapitalfluss vom Ausland nach Israel sind die wichtigsten Stützpfeiler der israelischen Wirtschaft. Aber, umgekehrt versetzt diese Situation Israel in eine Abhängigkeit, die nicht offen ausgesprochen wird. Würde es keinen Antisemitismus mehr geben, so würde es auch keinen wirklichen Leidensdruck geben. Angesichts all der Probleme würde Israel seine Anziehungskraft stark einbüßen. Der Geldfluss und die Loyalität zur Heimat würden, mit allen Konsequenzen für die Wirtschaft und Gesellschaft Israels, stark sinken.

Kluge Köpfe in Israel sind sich dessen bewusst, und in berechtigter Furcht vor einer negativen Entwicklung und eines neuen Shoah agieren sie bereits mit unterschiedlichen Maßnahmen dagegen, aber auf der Suche nach neuen Partnern müssen sie feststellen, dass Netanjahu und seine Regierung nicht die begehrten Partner sind.

In der Ausgabe des *Heute Journals* am 18.4.2018, wurde eine Israelin und Zionistin der ersten Stunde anlässlich der Jubiläumsfeier interviewt. Sie mahnte die aktuelle Regierung Israels offen zur Beendigung der Diskriminierung und des Rassismus gegenüber Nicht-Juden und forderte eine Rückbesinnung zu den wahren Grundsätzen des vor 70 Jahren gegründeten Staates Israel, sowie Achtung der Menschenrechte für alle Bewohner und Nachbarn Israels.

Heute Journal 18.04.18: Tani Cohen, aus Haifa - Israel

Daher greifen wir die Stimme dieser Frau und ihren vielen Schwestern und Brüdern im Geiste auf und weisen im Hinblick auf die Menschenrechtscharta der Vereinten Nationen darauf hin, daß sowohl die Regierung als auch die Bevölkerung Israels gut beraten seien, im Sinne der nachhaltigen Sicherheit, des Wohlstandes und des Friedens in Israel, sich von Netanjahu und seiner Regierung sowie der Außenpolitik der letzten 40 Jahre zu lösen und den Weg des Friedens auch für die Nachbarländer einzuräumen. Wenn man anderen eine positive Entwicklung für die Zukunft zugesteht und gewährt, wird man selber in eine gute Zukunft blicken können. Israel wird erst sicher und konfliktfrei leben, wenn auch die Nachbarn in Ruhe und Sicherheit leben können.

„Die Menschen glauben das gern, was sie wünschen!“

Julius Caesar

Mona Harun-Mahdavi
München
http://visiorama-news.blogspot.de/

Waffenexporte wider Völkerrecht

Im Jemen findet die größte humanitäre Katastrophe seit dem 2. Weltkrieg statt.
Internationales Recht und Menschenrechte werden massiv missachtet.

Kein direktes politisches Interesse am Jemen. Kein Mitgefühl für Menschenleben. Und keine Lust sich mit den USA und Saudi-Arabien anzulegen.

Täglich wird man in den Medien, in welcher Form auch immer, mit den Grausamkeiten des 2. Weltkrieges konfrontiert. Daran kann niemand mehr etwas ändern.

Die Grausamkeiten die heute passieren, könnte man aber beenden.

Statt ständig die alte unwiderrufliche Vergangenheit vor Augen zu führen, sollte man lieber auf die gegenwärtige

Rangliste waffenexportierende Länder

Die Zahlen der folgenden Tabelle entstammen der SIPRI-Datenbank 2016 und sind gerundet in Milliarden US-Dollar basierend auf den Preisen von 1990 angegeben

Land	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Vereinigte Staaten	11,553	7,591	5,682	4,955	5,618	6,752	6,758	7,521	7,834	6,814	6,822	8,169	9,111	9,018	7,384	10,194	10,184	9,894
Russland	4,264	4,546	5,427	5,635	5,307	6,250	5,227	5,113	5,561	6,264	5,102	5,993	8,556	8,402	8,462	5,971	5,554	6,432
Deutschland	1,871	1,619	0,923	0,916	1,731	1,139	2,081	2,710	3,257	2,388	2,547	2,725	1,359	1,161	0,942	1,200	1,792	2,813
Frankreich	1,859	1,116	1,455	1,474	1,441	2,324	1,842	1,702	2,408	2,063	1,959	0,911	1,770	1,067	1,578	1,978	2,080	2,226
Vereinigtes Königreich	1,360	1,638	1,392	1,102	0,752	1,221	1,069	0,995	0,984	0,990	1,021	1,101	1,010	0,930	1,484	1,704	1,139	1,393
Volksrepublik China	0,332	0,302	0,515	0,518	0,693	0,386	0,281	0,643	0,479	0,591	1,138	1,459	1,336	1,666	2,068	1,083	1,764	2,123
Italien	0,504	0,204	0,243	0,468	0,355	0,251	0,825	0,527	0,713	0,393	0,493	0,524	0,939	0,828	0,953	0,786	0,692	0,802
Israel	0,190	0,367	0,439	0,572	0,442	0,677	0,509	0,399	0,529	0,347	0,734	0,647	0,587	0,530	0,756	0,824	0,694	1,260
Ukraine	0,731	0,270	0,511	0,307	0,295	0,198	0,291	0,542	0,623	0,378	0,377	0,470	0,534	1,450	0,708	0,664	0,347	0,528
Niederlande	0,349	0,284	0,203	0,233	0,336	0,218	0,625	1,155	1,210	0,460	0,485	0,381	0,538	0,783	0,357	0,561	0,474	0,466
Schweden	0,392	0,375	0,914	0,171	0,526	0,303	0,537	0,397	0,342	0,457	0,419	0,664	0,705	0,488	0,407	0,394	0,185	0,249
Spanien	0,043	0,046	0,008	0,016	0,095	0,052	0,108	0,840	0,601	0,602	0,961	0,277	1,437	0,546	0,733	1,110	1,151	0,483
Schweiz	0,273	0,174	0,206	0,157	0,181	0,249	0,247	0,286	0,295	0,461	0,227	0,238	0,310	0,250	0,193	0,350	0,437	0,186

Angaben in Milliarden US-Dollar

Die größten Waffenlieferanten der Welt sind die Vereinigten Staaten von Amerika, gefolgt von Russland, Deutschland, Frankreich, Großbritannien und China. All diese Länder besitzen hochentwickelte Rüstungsbetriebe und stehen im gegenseitigen Konkurrenzkampf bei der Entwicklung neuer und wirkungsvollerer Waffensysteme.

Katastrophe aufmerksam machen. Im HEUTE kann man noch Veränderungen für das MORGEN erreichen. Das GESTERN ist nur nützlich wenn man daraus gelernt hat.

Aber leider lehrt uns die Geschichte, dass sie uns nichts lehrt. Wieder schaut die Welt weg, und weltweit wird immer weiter Nuklear aufgerüstet, wettgerüstet und schmutziges Geld mit völkerrechtswidrigen Waffenexporten gemacht.

Aufgabe und Pflicht der Staatsanwaltschaft ist es, folgendem nachzugehen:

Wie können die Damen und Herren des Bundessicherheitsrats noch in das eigene Spiegelbild sehen? Der Bundessicherheitsrat darf nicht zum Darknet der Bundesregierung werden und unter dem Vorwand der Geheimhaltung, Gesetzeslücken für völkerrechtswidrige Rüstungsexporte missbrauchen.

Jeder zivile Bürger, der Gesetzeslücken im Darknet ausnutzt, um beispielsweise Waffen zu verkaufen, mit denen andere Menschen getötet werden, wird zurecht bestraft. Siehe im Fall des Münchner Amoklaufs.

Warum bringt man den Bundessicherheitsrat nicht vor das Bundesverfassungsgericht?

Fortsetzung weiter auf Seite 13

„Die Geschichte lehrt die Menschen, dass die Geschichte die Menschen nichts lehrt.“
Gandhi

„Waffenexporte .....“
Fortsetzung von Seite 12

Aktuell verlangt man von Facebook eine für alle klar verständliche vertragliche Nutzungsbedingung zu erstellen - ohne missverständliche Hintertüren. Sehr gut.

Das können die Bürger auch von den gesetzlichen Bedingungen bezüglich der Rüstungsgeschäfte fordern.

Diese gehen über das Grundgesetz weit hinaus bis zum Außenwirtschaftsgesetz (AWG), zum Waffenkontrollgesetz (KrWaffKontrG), zu Rechtsgrundlagen des Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle die für sogenannte Dual-Use Gütern usw. zuständig sind usw.

Gesetze sollten für das Volk durchsichtig und verständlich sein und nicht absichtlich für kriminelle Handlungen undurchschaubare Hintertüren offen lassen. Gesetze sollten uns vor kriminellen Handlungen schützen und seriös sein und keine mafiöse Angelegenheit.

Der Bundessicherheitsrat fügt durch die von der Öffentlichkeit ausgeschlossenen, geheim genehmigten Rüstungsexporte, nicht nur den Menschen in den Kriegsgebieten unsagbares Leid zu, sie schaden auch der eigenen Bevölkerung. Diese Beihilfe zu abertausenden Morden, die die Mitglieder des BSR zu verantworten haben, gehen an vielen Deutschen nicht spurlos vorbei. Die Tatsache, dass sie ohnmächtig dabei zusehen müssen belastet sie. Und die Waffen die man exportiert kehren irgendwann ins eigene Land zurück.

Von einer Schadensabwendung am eigenen Volk (wozu die Regierung verpflichtet ist) kann man dabei nicht sprechen.

Bildnachweis: wikipedia
Von Joost J. Bakker from IJmuiden - F 245 TCG OruçReisUploaded by Oxyman, CC BY 2.0
https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=15979814

TCG Oruç Reis (F 245) der türkischen Marine, gebaut und ausgestattet von Blohm + Voss Hamburg

Das Ausfuhrkontrollrecht orientiert sich im Rahmen gesetzlicher und internationaler Verpflichtungen an den außen- und sicherheitspolitischen Interessen der Bundesrepublik Deutschland. Insbesondere sollen die innere Sicherheit und der internationale Frieden nicht durch die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen oder den illegalen Handel mit konventionellen Rüstungsgütern beeinträchtigt werden. Darüber hinaus sollen deutsche Exporte in Krisengebieten weder konfliktverstärkend wirken noch zu internen Repressionen oder anderen erheblichen Menschenrechtsverletzungen beitragen.

Ausführungsgesetz zu Artikel 26 Abs. 2 des Grundgesetzes (Gesetz über die Kontrolle von Kriegswaffen)

§ 7 Widerruf der Genehmigung
(1) Die Genehmigung kann jederzeit widerrufen werden.
(2) Die Genehmigung ist zu widerrufen, wenn einer der in § 6 Abs. 3 genannten Versagungsgründe nachträglich offenbar geworden oder eingetreten ist, es sei denn, daß der Grund innerhalb einer zu bestimmenden Frist beseitigt wird.
(3) Wird die Genehmigung widerrufen, so trifft die Genehmigungsbehörde Anordnungen über den Verbleib oder die Verwertung der Kriegswaffen. Sie kann insbesondere anordnen, die Kriegswaffen innerhalb angemessener Frist unbrauchbar zu machen oder einem zu ihrem Erwerb Berechtigten zu überlassen und dies der Überwachungsbehörde nachzuweisen. Nach fruchtlosem Ablauf der Frist können die Kriegswaffen sichergestellt und eingezogen werden. § 13 Abs. 3 gilt entsprechend.

§ 6 Abs. 3
(3) Die Genehmigung ist zu versagen, wenn

die Gefahr besteht, daß die Kriegswaffen bei einer friedensstörenden Handlung, insbesondere bei einem Angriffskrieg, verwendet wer den,

Grund zu der Annahme besteht, daß die Erteilung der Genehmigung völkerrechtliche Verpflichtungen der Bundesrepublik verletzen oder deren Erfüllung gefährden würde,

Grund zu der Annahme besteht, daß eine der in Absatz 2 Nr. 2 genannten Personen die für die beabsichtigte Handlung erforderliche Zuverlässigkeit nicht besitzt.

Ein paar wichtige Links:
Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz:
http://www.gesetze-im-internet.de/krwaffkontrg/index.html

Datenbank Deutscher Rüstungsexporte:
http://ruestungsexport-info.de/no_cache/datenbank.html

„Die Dummheit von Regierungen sollte niemals unterschätzt werden.“
Helmut Schmidt

Der Vorstand

Newroz Empfang 2018 des Oberbürgermeisters im Rathaus

Auch in diesem Jahr hatten wir die Ehre, zusammen mit der Protokollabteilung der Landeshauptstadt München, vertreten durch Manuela Forster, im Vorfeld an der Vorbereitung des Newroz-Empfanges zusammen mit der kurdischen Frauengruppe Nergiz-Narzisse e.V. teilzuhaben.

Wie im Vorjahr vertrat Josef Schmid, 2. Bürgermeister Münchens, den OB und begrüßte mit seiner Rede die Gäste anläßlich des Newroz/Nowrouz-Festes 1397.

Er ging auf die kulturellen aber auch die aktuellen politischen Themen ein, die mit dem betroffenen Kulturkreis in der Landeshauptstadt zusammenhängen.

Die Flüchtlingskrise, die Probleme der Migration und Integration wurden angesprochen und aber auch auf die in München größtenteils erfolgreiche Integrationsarbeit der letzten Jahrzehnte hingewiesen.

Die Landeshauptsatdt München wurde in Sachen Sicherheit, Arbeitsklima und Lebensqualität hervorgehoben und dabei die Leistung der Migrantengruppen gebührend erwähnt.

Die beiden anwesenden Vorstände des Vereins sprachen mit Bürgermeister Schmid über seine Entscheidung zur Kandidatur für den Landtag und damit seinen angekündigten Abtritt als Bürgermeister. Der Vorsitzende bedankte sich für die große Unterstützung des Bürgermeisters von der ersten Stunde an für die Realisation des Newroz-Festes und wünschte dem ausscheidenden Bürgermeister viel Glück und Erfolg für seinen Wahlkampf.

Der Verein Leben und Leben Lassen e.V. wird ihn auch auf diesem Weg unterstützend zur Seite stehen.

Die Veranstaltung wurde dieses Jahr musikalisch begleitet von Darioush Shirvani und seiner Band sowie die Musikgruppe Bardouni´s.

Weiterhin gilt der Dank des Vereins an Frau Forster von der Protokollabteilung und an das Service-Personal des Rathauses sowie der Gastronomie, die mal wieder für eine hervorragende Verpflegung der Gäste mit Speisen und Getränken sorgten.

„Von Konrad Adenauer bis Helmut Kohl waren alle Bundeskanzler inoffizielle Mitarbeiter des CIA.“

Egon Bahr

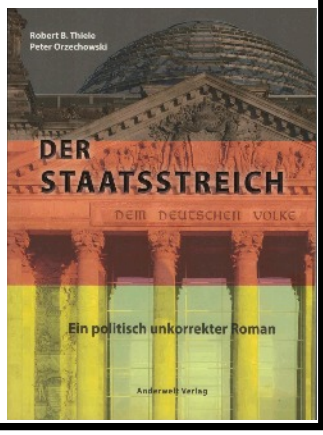
Buchvorstellung

Der Staatsstreich
Ein politisch unkorrekter Roman

Staatsstreich? In Deutschland?
Wer das nicht für möglich hält, sollte diesen Politthriller lesen.
Deutschland befindet sich in einer bedrohlichen Krise. Aufgerüttelt durch Migrationskrise und innere Unruhen unternimmt ein General der Bundeswehr den Versuch, sein Vaterland wieder auf Kurs zu bringen. Sein Ziel: die herrschenden Parteieliten und die politisch gesteuerten Massenmedien entmachten. General von Roddeck stützt sich auf ehemalige Reservisten der Bundeswehr, die als Mitglieder einer Geheimgesellschaft in die entscheidenden Schaltstellen der Republik eingesickert sind. Ihr Vorbild: der Staatsstreich des 20. Juli 1944; Ihre Rechtfertigung: ihr grund- gesetzlich garantiertes Recht auf Widerstand.

Die deutsche Kanzlerin mobilisiert die ihr loyal verbliebenen Kräfte in den Geheimdiensten, um den Putsch zu zerschlagen. Auch die USA sind durch den plötzlichen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan und rund ums Mittelmeer alarmiert. Ein nachrichtendienstlicher Grabenkrieg beginnt: Kann, wird, soll der Staatsstreich gelingen, trotz aller Gegenmaßnahmen – der legalen und der illegalen?

Die Autoren, ein Fachjournalist und ein Jurist, beide ehemalige Offiziere der Bundeswehr, eröffnen mit diesem Politthriller eine völlig neue Perspektive der politischen Situation unserer heutigen Bundesrepublik.



Der Staatsstreich
Ein politische unkorrekter Roman
Robert B. Thiele
Peter Orzechowski
Anderwelt Verlag

S. Harun-Mahdavi
München

Islamdebatte - Integration gescheitert????

Derzeit beschäftigen die Themen Islam/Islamismus, Antisemitismus, Religionsfreiheit im gleichen Atemzug mit Terror und mangelnde Sicherheit die Medien rauf und runter.

Die Spiegel-Ausgabe Nr. 18 vom 28.04.2018 hat dieses Thema sogar zum Titel gemacht. Auf unterschiedlichen Veranstaltungen lassen sich deutsche Politiker zu Aktionen wie das einheitliche Anbringen von Kreuzen als Zeichen des christlichen Glaubens an allen Behörden hinreißen. Andere schlagen heroische Maßnahmen wie Burka-Verbot, oder Kopftuch-Verbot für Minderjährige vor, ohne dabei darüber nachzudenken ob diese Maßnahmen zum Erreichen des angeblich erwünschten Zieles, nämlich Integration von Migranten mit einem vermeintlich feindlichen islamischen Hintergrund, wirklich beitragen werden oder nicht.
Ministerpräsident Söder geht mit seiner Aktion hinsichtlich der in Kürze bevorstehenden Landtagswahlen einen sehr pragmatischen Weg zum Wählerfang. Die gesamten Großstädte vereinen mit ca. 4,2 Mio. Bewohner zusammen weniger als 1/3 der Gesamtbevölkerung Bayerns. Dies bedeutet, daß Markus Söder damit spekuliert mit seiner Aktion 2/3 der traditionell strenger gläubigen Landbevölkerung für sich als Wähler abzusichern. Es interessiert ihn auch das Geschwätz der Politik und der Medien nicht. Vielmehr ist er sich sicher, je mehr er und seine Aktion angegriffen werden, je mehr Beliebtheit bekommt er auf dem Land.
Aber wir leben nicht das ganze Jahr im Wahlkampf und die Sicherheit und der Frieden in der Gesellschaft drohen angesichts solcher Aktionen durch noch mehr Spaltung und Populismus einen größeren und womöglich nicht wieder gut zu machenden Schaden zu nehmen.
Viele verantwortungsbewußte Bürger dieses Landes machen sich ernsthafte Gedanken, aber oft bedienen sich Medien und Politik Sprachtönen

Fortsetzung weiter auf Seite 16

„Religion ist ein Prisma, von dessen sieben Farben sich jeder seine Lieblingsfarbe wählen mag; alle aber rühren nur von einem Sonnenstrahl!“ *Karl Julius Weber*

„Islamdebatte - .....“
Fortsetzung von Seite 15

und Aktionen, die ziel orientierte Bemühungen zur Lösung der bestehenden Probleme torpedieren. Beispielsweise Kopftuchverbot für Minderjährige!

Die Absicht besteht darin die Kinder weltoffen und entsprechend unseren freiheitlichen Werten frei zu erziehen und die von einem Kopftuch ausgehende Unterdrückung und Erniedrigung der Frauen und dem Signal des politischen Islams Einhalt zu gebieten.

Erreichen werden wir aber genau das Gegenteil.

Wer glaubt minderjährige Kinder könnten und würden in patriarchischen Familienstrukturen sich den Eltern widersetzen, der hat wohl noch nie selbst ein Kind groß gezogen. Das einzige was ein solches Kopftuchverbot erreichen würde wäre, daß die Eltern die Schule dämonisieren, die Kinder dann in eine Islamschule schicken und diese für unser Schulsystem unerreichbar werden. 24 Stunden unter dem Einfluß der Islamschule und den Eltern sind diese Kinder für unsere Gesellschaft verloren. Wir würden mit einem solchen Verbot genau das erreichen, was Erdogan und Co. sich wünschen.

Wir müssen bei der Bewältigung solcher Themen auf jene Kräfte setzen, die durch ihre persönlichen Erfahrungen, beispielsweise gemischte Herkünfte, die notwendige soziale Kompetenz mitbringen und beide Kulturen verstehen und der deutschen Gesellschaft zugewandt sind.

Es müssen schulische Anreize geschaffen werden, damit selbst strenggläubige es vorziehen ihre Kinder in unser Schulsystem einzuschulen anstatt in Islamschulen.

Das seit der Geburt des Begriffs „GASTARBEITER“ bestehende Gefühl der Minderwertigkeit in bestimmten ethnischen Gruppen muß durch Aufwertung und Gegenschätzung aus der Welt geschaffen werden. Integration ist eine Bringschuld, aber Gleichberechtigung in einer heterogenen Gesellschaft ist ein Menschenrecht.

Solange sich ethnische Minderheiten, aufgrund kultureller und religiöser Diversität nicht gleichberechtigt FÜHLEN, wird es auch keine gelungene Integration geben. Als ein gelungenes Beispiel nenne ich die USA. Es beginnt schon mit der Einbürgerung. Jeder kann sich bei der Einbürgerung einen neuen Rufnamen aussuchen. Damit wird gewährleistet, daß man in dieser sehr heterogenen Gesellschaft bereits namentlich integriert wird. Und die USA gewährt im Sinne der Wahrung der Wurzeln der Identität die Mehrstaatlichkeit, und zwar ohne wenn und aber.

Wie eine Namensänderung in Deutschland abläuft und wie die Debatten über die Mehrstaatlichkeit hierzulande geführt werden, müssen sicherlich hier nicht detailliert erklärt werden.

Fakt ist, Integration hat zwei Seiten. Auf der einen Seite schafft der deutsche Staat alle besten Voraussetzungen für die Entwicklung der Einwanderer, auf der anderen Seite stehen sich die in Aktionismus verfallenden Verantwortlichen selbst im Weg und zerstören selbst das nach über 65 Jahren BRD mühsam erreichte Maß an Integration.

Der durch unterschiedliche Medien bekannte Islamkritiker Hamed Abdel-Samad, dessen Vater ein Imam war, referierte anläßlich der Veröffentlichung seines neuesten Buches „Integration - Ein Protokoll des Scheiterns“ zu dem mit dem Oberbegriff „ISLAMISMUS“ deklarierten Problem, welches aktuell die Politik und die Medien beschäftigt.

Er ging auf gesellschaftliche und kulturelle Probleme, die seiner Meinung nach grundsätzlich mit der fundamentalistischen Auslegung der Religion ISLAM zusammenhängen ein. Er meint, daß Integration in mehreren Bereichen gescheitert sei. Als Beispiel brachte er die Situation auf dem Arbeitsmarkt, im Bereich der Schulbildung, die Einbindung der Frauen in der Gesellschaft und einiges mehr vor. Aber eines hat er klar gestellt. Es gibt nicht ***den Islam***, es gibt verschiedene Auslegungen. Sein Hauptaugenmerk galt dem politischen Islam, der arabisch-islamischen

Fortsetzung weiter auf Seite 20

"Alles, was gegen die Natur ist, hat auf die Dauer keinen Bestand."

Charles Darwin

Der Vorstand

MSC München 2018

Auch dieses Jahr waren die Vorstände (Vorsitzender Massoud Harun-Mahdavi links auf Foto zu sehen) des Vereins auf Einladung der AKWPW zur Teilnahme an der Münchner Sicherheitskonferenz MSC in das Hotel Bayerischer Hof eingeladen.

Baroness Ashton of Upholland (rechts auf dem Foto zu sehen), ihres Zeichens britische Politikerin und von 2009-2014 Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik und Erste Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, war eine außergewöhnliche und hervorragende Referentin für die aktuellen Europaangelegenheiten.

Natürlich waren die Themen Brexit, Atom-Deal mit Iran und Zukunftsprognosen zur Entwicklung der EU für das Auditorium von besonderem Interesse.

Nach einem ausführlichen Vortrag über die historisch kulturellen Besonderheiten einzelner Mitglieder und der damit verbundenen Schwierigkeit die EU überhaupt so weit zu bekommen, kam sie zu dem Schluß, daß die EU den Spagat zwischen Freiwilligkeit und gemeinsamen Ordnungszwang noch nicht geschafft hat. Bedenkt man die Debatten und EU-interne Auseinandersetzungen bezüglich der Flüchtlingskrise, so hat ihrer Meinung nach die EU auch den Spagat zwischen nationalen Interessen und EU als eine Gemeinschaft mit gemeinsamen Interessen offensichtlich noch nicht geschafft. Daher sieht Lady Ashton einen großen Handlungsbedarf zur Anpassung der individuellen Interessen der Mitgliedsstaaten für eine Fortentwicklung der EU im Sinne eines europäischen Staates.

Beim Thema Brexit konnte sie ihre Enttäuschung über den Wahlausgang nicht verbergen. Sie wies darauf hin, daß die Landbevölkerung den Wahlausgang in erster Linie bestimmt hätte. Dieser Teil des Landes hatte keinen sichtbaren Vorteil von der EU. Vielmehr hat diese Gruppe die Rolle der EU darin gesehen, die nationalen Interessen Großbritanniens gegenüber der EU zu beschneiden. Die Populisten hätten es im Vorfeld geschafft durch Desinformation, gezielte Unwahrheiten und Populismus exakt diese Bevölkerungsgruppe zu instrumentalisieren. Lady Ashton ist der Meinung, daß heute die gleiche Wahl evtl. anders ausgehen würde.

Die Hauptproblematik des Brexit sieht sie aber darin, daß Großbritannien durch die lange EU-Zugehörigkeit vor allem wirtschaftlich bereits so sehr mit der EU verstrickt sei, daß ein harter Brexit faktisch nicht möglich oder wenn überhaupt, dann nur mit einer immens kostspieligen Anstrengung umzusetzen sei. Eines der Probleme sei das mit Nordirland. Kein Mensch wisse derzeit eine Lösung für den Grenzverlauf, sei es auf dem Land oder im Meer. Daher hoffe sie insgeheim auf einen Rücktritt von Brexit.

Auf die Frage des zweiten Vorstandsmitglieds Sasan Harun-Mahdavi zum Thema Atomvertrag mit Iran, wies sie darauf hin, daß sie 4 Jahre ihres Lebens als Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik damit verbracht habe mit dem iranischen Außenminister Zarif maßgeblich zur Ratifizierung des Vertrages beizutragen. Als Verfechterin des Vertrages sei sie auch der Meinung, daß der Vertrag beste Anlagen dafür hätte den politischen Dialog mit Iran auf Augenhöhe positiv fortfahren zu können. Sie fügte außerdem hinzu, daß die gesamten EU- Mitgliedsstaaten diese politische Position teilen und sich gemeinsam gegen die aktuellen Aussagen des US- Präsidenten Trump, von dem Baroness Ashton ganz offen ausgesprochen nicht viel hält, stellen werden.

Auf die Frage nach dem Vorsprechen des US-Präsidenten zur Anerkennung Jerusalems als Hauptstadt Israels, erläuterte sie die Bedeutung Jerusalems für alle drei großen Religionen und wies in diesem Zusammenhang auch auf eine einheitliche Stellung der EU-Staaten gegen Jerusalem als Hauptstadt hin. Sie fügte hinzu, daß die EU eine besondere Verantwortung gegenüber dem Staat Israel aber auch gleichzeitig für die heimatvertriebenen Palästinenser trage, die eine solche einseitige Hauptstadtlösung als Provokation aufnehmen würden. Da die EU zudem in der aktuellen Situation ein besonderes Interesse für die Fortführung etwaiger Friedensverhandlungen in dieser Region hätte, könne die Europäische Union Aktionen, die dies einseitig belasten nicht mittragen.

Sie schloß ihren Vortrag mit dem Wunsch nach Diplomatie anstelle kriegerischer Auseinandersetzung ab.

In der Politik ist es manchmal wie in der Grammatik:
Ein Fehler, den alle begehen, wird schließlich als Regel anerkannt.

André Malraux

Sasan Harun-Mahdavi
München

Bericht aus dem Bustan Club

Vortragsreihe Bustan Talks 4

Am 9. März 2018 fand die erste Auftaktveranstaltung des Bustan Clubs für das Jahr 2018 unter dem Motto „Kryptowährungen - gefährliche Spekulation oder echte Währung?“ im „Zum Franziskaner“ in der Münchner Innenstadt statt.
Fabio Bossi, Finanzanalyst, Dachfondsmanager in einer Vermögensverwaltung, Finanzberater bei einer namenhaften Bank, Autor und Blogger erklärte den interessierten Zuhörern nicht nur die Entstehung und Entwicklung der Kryptowährung, sondern stand auch für die im Anschluss geführte Podiumsdiskussion zur Verfügung.
Die Teilnehmer erfuhren sehr viele Details über digitale Zahlungsmittel, deren bekannteste Währung der Bitcoin ist. Die Kryptowährungen sind grundsätzlich kein Zentralbankgeld, sondern sog. „Blockchains“, eine Art digitales Buchführungssystem. Aus dieser sind die Eigentumsverhältnisse durch einen kryptonischen Schlüssel - eine kontinuierlich erweiterte Liste von Datensätzen, die mit einander verkettet sind - ersichtlich.
Venezuela hat Anfang 2018 als erstes Land, den venezolanischen Petro ins Leben gerufen. Andere Länder wollen folgen. Zwischenzeitlich gibt es aber auch entgegen gerichtete Entwicklungen. Der Iran und einige andere Länder verbieten seit kurzem den Bitcoin-Handel um beispielsweise eine unkontrollierte Devisenflucht zu stoppen.
Der engagierte Referent erklärte unter anderem, dass jede Kryptowährung begrenzt ist. Auch hierbei unterscheidet sich diese von herkömmlichem Geld. Auch wenn die Übertragung einer Kryptoeinheit bis zu 10 Minuten dauert und nur mit Hilfe speziellerer Hardware durchgeführt werden kann, darf man auf die Zukunft und die weitere Entwicklung der Kryptowährungen gespannt sein.

Seien Sie genauso gespannt auf die nächste Bustan Vortragsreihe am Freitag 8. Juni 2018 mit dem Markus Sturm (Medien- und Redetrainer, Journalist des Bayerischen Fernsehens) zum Thema „Rhetorik als Schlüssel zum Erfolg im Business und in der Gesellschaft“.

Fortsetzung weiter auf Seite 19

„Politik bedeutet: Wählern einzureden, dass politische Gläubigkeit politisches Denken sei.“
Unbekannt

„Bericht aus dem Bustan Club....."
Fortsetzung von Seite 18

Bustan Nowrouz-Party
Bustan meets Lovelace

Der Bustan Club hat erstmals ein Nowrouz-Fest veranstaltet.

Dieses Fest mit Abendessen und anschließender Tanz- und Musikparty wurde auf Initiative und in Zusammenarbeit mit dem Hotel Lovelace am Freitag 23. März 2018 in einer der angesagtesten Lokation im Herzen Münchens realisiert.

Die Veranstaltung hat einen sehr großen Anklang gefunden, so daß die Karten für die Abendveranstaltung mit Essen und Musik frühzeitig ausverkauft waren. Nach der Abendveranstaltung ging das Fest mit einer ausschweifenden Tanz- und Musikveranstaltung im 3. Stock des Design- und Erlebnishotels weiter.

Über 140 Gäste nahmen daran teil. Es gab einen sehr regen Austausch zwischen deutschen und iranischen Gästen. Die Ziele des Clubs, nämlich Vermittlung und Annäherung zwischen der deutschen und persischen Kultur, wurden mit dieser Veranstaltung einmal mehr erfolgreich umgesetzt.

Auch das Ziel des Vereins, die beispielhafte Integration unterschiedlicher Gruppen in der Stadt zu verdeutlichen und dadurch für mehr Toleranz und gegenseitigem Verständnis zu werben ist voll und ganz erfüllt worden.

Der Club bedankt sich bei allen Gästen, den Mitgliedern und Freunden des Clubs, dem Organisationsteam des Clubs, Frau Yassi Nazemi für die außergewöhnliche und elegante Umsetzung des Caterings, sowie der Leitung des Lovelace Hotels vertreten durch Herr Cambis Scharegh für ihre uneingeschränkte Unterstützung und Organisation der nach einhelliger Meinung der Gäste gelungenen Veranstaltung. Wir freuen uns jetzt schon auf das nächste Jahr.

„Jede Partei ist für das Volk da und nicht für sich selbst."

Konrad Adenauer

„Islamdebatte - .....“
Fortsetzung von Seite 16

Gesellschaft und Erdogan. Er ergänzte noch, daß nicht jeder Moslem ein Koran auf zwei Beinen sei, so wie auch nicht jeder Christ eine Bibel auf zwei Beinen sei. Diese Differenzierung könnte ein Ansatz für die Suche nach einer Lösung sein.

Wir müssen im Interesse des inneren Friedens in Deutschland tunlichst eine Eskalation der aktuellen Lage in eine religiöse Auseinandersetzung, der man niemals rational begegnen kann, vermeiden. Die Leitfiguren des politischen Islams sind die Islamische Republik Iran, Saudi Arabien, Al-Qaida usw.. Die Leitfiguren der arabisch-islamischen Gesellschaft sind Saudi Arabien, die Familie Al Saud und ihre Handlanger in den Moscheen und Erdogan, der davon träumt als Neo-Osmanischer Herrscher die Türkei zu seiner alten Weltmachtstellung zurück zu führen.

Nun liegt es an uns, diese drei Säulen des Islamismus zu neutralisieren ohne die Menschen und ihren Glauben anzugreifen.

L&LL bietet für die Bewältigung derartiger Probleme jederzeit seine Kompetenz aktiv an.

Der Vorstand

Staatsministerin Ulrike Scharf, MdL

Im Rahmen der Vollversammlung des AKWPW am 07. Februar trug Staatsministerin Ulrike Scharf, MdL zu aktuellen Umweltfragen vor. Sie wurde von den anwesenden Gästen im Bayerischen Landtag zu Themen wie dritte Startbahn, Dieselverbot und Feinstaubbelastung befragt.

Frau Scharf hat in ihrer sehr sympathischen und für Jedermann verständlichen Sprachwahl die Probleme direkt angesprochen aber auch die Grenzen vieler Forderungen aus Politik und Interessengruppen dargelegt. Sie betonte, daß ein generelles Dieselverbot in erster Linie die Bevölkerung treffen würde und es war ihr ein Anliegen darzulegen, daß die Industrie den Hauptanteil zur Lösung des Problems beizutragen hätte. Auch bei der dritten Startbahn hat sie die klare Zustimmung der Bayerischen Staatsregierung dargelegt ohne das Ergebnis der Entscheidung vorwegnehmen zu wollen.

Auf dem Foto ist der Vereinsvorsitzenden bei der Übergabe der letzten Zeitschriftausgabe an Staatsministerin Scharf der Erläuterung der Ziele und Aufgaben des Vereins Leben und Leben Lassen e.V zu sehen.

Bilderquelle: Alle in dieser Ausgabe verwendeten Bilder sind urheberrechtlich Eigentum der Redaktion

Impressum:
Anschrift
Elektrastraße 24, 81925 München

Herausgeber
Verein Leben & Leben Lassen –
zur Verwirklichung der Menschenrechte e.V.
Chefredakteur
Massoud Harun-Mahdavi (V.i.S.d.P.)

Redaktion
Wilhelm Dietl
Karl-Heinz Nagel
Elisabeth Philipp
Hans-Friedrich Frhr. v. Solemacher,
Franz-Jochen Schoeller
Peter Orzechowski
Heinrich Wälischmiller

Büroleitung
Sasan Harun-Mahdavi

Verlag D.i.E.

Über den Herausgeber:
Der im März 1993 ins Leben gerufene und als gemeinnützig geltende

Verein Leben & Leben Lassen -
zur Verwirklichung der Menschenrechte - e.V.

mit Sitz in München ist, wie der Name sagt, ein Verein zur Wahrung und Verwirklichung der Menschenrechte.
Die Arbeit des Vereins basiert auf dem Verständnis der Menschenrechte, wie sie in den betreffenden Konventionen der Vereinten Nationen Niederschlag gefunden haben.
Jeder kann sich in Bezug auf Menschenrechtsfragen an den Verein wenden, der gleichzeitig Herausgeber der Zeitschrift „DENK! MAL!“ ist.

Weitere Informationen erhalten Sie über
Homepage: **www.lebenundlebenlassen.org**
E-Mail: **info@lebenundlebenlassen.org**
Tel.: **+49-89-3106999**
Fax: **+49-89-32155805**
Bankverbindung: Kto Nr. 42 12 52 52
Stadtsparkasse München BLZ 70150000

Namentlich gekennzeichnete Artikel entsprechen nicht zwingend der Meinung der Redaktion.
Die Verantwortung für den Inhalt trägt der Verfasser.